

# Integrierte Schulen

Aktuell

Gesamtschulen | Gemeinschaftsschulen | Sekundarschulen | Primusschulen



Weißer Tauben fliegen zum Schulstart der Gesamtschule der Stadt Geldern zum Himmel empor! Starke Symbolik - ganz im Sinne der UN Global Goals, hier „Frieden, Gerechtigkeit und starke Institutionen“ (16), mehr ab Seite 12 ...



- ▶ **Ärger über politische Entscheidungen zur Inklusion - integrierte Schulen protestieren öffentlich**
- ▶ **Viel Engagement und Herzblut - das zeichnet die SV-Arbeit der Erich-Fried Gesamtschule in Herne aus**

# GGG NRW

Verband für integrierte Schulen

Gemeinnützige  
Gesellschaft  
Gesamtschule NRW e.V.

Save the Date



Info

## GGG Landeskongress 2019

- ▶ Wann? 4. April 2019
- ▶ Wo? Gesamtschule Berger Feld  
Gelsenkirchen
- ▶ Was? Fortbildungsangebote u.a.  
Schwerpunkt „Schulalltag erleichtern“.

Gut geeignet für eine eintägige SchILF!

**Mehr Informationen demnächst:**

[www.ggg-nrw.de](http://www.ggg-nrw.de)

ISSN 1615-2999 <



© Herausgeber:

**GGG Gemeinnützige Gesellschaft Gesamtschule NRW**

Landesverband der Gemeinnützigen Gesellschaft Gesamtschule e.V.

**kontakt@ggg-nrw.de**

**www.ggg-nrw.de**

**Adresse:**

Geschäftsstelle GGG NRW

Huckarder Str.12

44147 Dortmund

Tel.: 0231 58 694727

Fax: 0231 147942

**Redaktion:**

Karin Görtz-Brose

Hannelise Hottenbacher

**Gestaltung:**

Christa Gramm, Dipl. Design.

**Auflage:**

Auflage 1500; September 2018



## Aktuelle Bildungspolitik

Behrend Heeren: NRW-Landesregierung beschließt „Neuausrichtung der Inklusion“	2 – 5
Werner Kerski: Änderung des Schulgesetzes	6 – 9
Michael Schulte: Wer zu früh kommt	10 – 11
Tanja Rathmer-Naundorf und Dr. Birgit Hartmann: Anfang gut, alles gut – Gesamtschule der Stadt Geldern startet mit Eröffnungsfeier	12 – 15

## Demokratieprojekt

Carsten Piechnik: Schüler*innen in NRW unter Druck und Stress – Schulpolitik auf einem Auge blind?	16 – 23
---	---------

## Aus unseren Schulen

Janine Schindler: Die schönsten Mädchen- und Jungentoiletten von ganz Krefeld	24 – 25
--	---------

## In eigener Sache

Dagmar Naegele: Landtagsabgeordnete der CDU besuchen Gesamtschulen und diskutieren über Sozialindex	26 – 28
Dr. Brigitte Schumann: Streitschrift Inklusion	29
Partizipation in der Schule: Eltern wirken mit Interview mit Birgit Scheltmann, LEIS NRW und Bianka Ledermann, FESCH	30 – 32

## NRW-Landesregierung beschließt „Neuaustrichtung der Inklusion“

**Kennzeichen: Rückschritt statt Fortschritt, Benachteiligung der integrierten Schulen, Klientelpolitik für das Gymnasium, Stärkung der Doppelstruktur**

*In ihrem Koalitionsvertrag hat die schwarz-gelbe Landesregierung unter der Überschrift „Gelingende Inklusion“ verbindliche Qualitätsstandards, Förderschulgruppen an Regelschulen, Schwerpunktschulen der Inklusion vorgesehen. Für das Gymnasium ist in der Regel nur noch zielgleiche Förderung vorgesehen. Ein Kommentar.*



**Behrend Heeren**  
Vorsitzender der GGG  
NRW

BEHREND HEEREN

**D**ie verbindlichen Qualitätsstandards sind die Reaktion auf die zentrale Kritik nicht nur der Schulen. Diese verwiesen wiederholt und nachdrücklich auf die mangelnde Ressourcenausstattung der Schulen des gemeinsamen Lernens. Die mangelnden personellen, räumlichen und sächlichen Ressourcen verhindern eine gelingende Inklusion. Klar definierte Standards müssen entsprechende Mittel der Umsetzung nach sich ziehen.

Die GGG NRW hat sich ausdrücklich zur schulischen Inklusion bekannt. Sie hat aber wiederholt in ihren Stellungnahmen und in gemeinsamen Positionspapieren mit der Landeselternschaft der integrierten Schulen in NRW (LEIS NRW), der Schulleitungsvereinigung der Gesamtschulen NRW (SLVGE NRW) und der GEW NRW

Mindestbedingungen für eine gelingende Inklusion benannt und eingefordert.

Die GGG NRW hat diese Forderungen wiederholt in zahlreichen Gesprächen mit der alten rot-grünen Landesregierung mit Nachdruck gestellt. Sie hat u. a. darauf hingewiesen, dass die integrierten Schulen mit zunehmend schlechter werdenden Bedingungen die Hauptlast der schulischen Inklusion zu tragen hätten und daraus erkennbar Nachteile in der Konkurrenz zum gegliederten Schulsystem erwachsen. Angenommen wurde diese Kritik nicht. Die schlechte Umsetzung der Inklusion war ein nicht unwesentlicher Aspekt für die Wahlniederlage von Rot-Grün.

Der neuen Landesregierung haben wir sehr früh mit den oben genannten Verbänden die Min-

destanforderung für eine gelingende Inklusion deutlich gemacht. Darüber hinaus haben wir die im Koalitionsvertrag angekündigten Schwerpunktschulen abgelehnt, ebenso Förderschulgruppen an Regelschulen und die weitgehende Ausklammerung des Gymnasiums aus dem Inklusionsprozess.

### „Eckpunkte zur Neuaustrichtung der Inklusion“

Über ein Jahr nach der Regierungsübernahme hat die zuständige Schulministerin dem Schulausschuss des Landtages die „Eckpunkte zur Neuaustrichtung der Inklusion in der Schule“ vorgelegt.

### Gymnasien werden von der Inklusion ausgenommen

Im ersten Eckpunkt unterscheidet die neue Landesregierung bei den Regelschulen im SI-Bereich grundsätzlich zwischen Haupt-, Real-, Gesamt-, Gemeinschafts-, Sekundar- und Primusschulen einerseits und den Gymnasien andererseits. Da die zieldifferente Förderung am Gymnasium zukünftig nur noch auf freiwilliger Basis der Schule erfolgt, ist die quantitativ stärkste Schulform mit der sozial stärksten Schülerschaft praktisch von der Inklusion ausgenommen. Damit ist der inhaltliche Anspruch der Inklusion aufgegeben.

### Definition der Qualitätsstandards

Schulen der Sek I mit Angeboten des Gemeinsamen Lernens müssen folgende Voraussetzungen erfüllen:

- Die Schule muss über ein pädagogisches Konzept zur inklusiven Bildung verfügen.
- Lehrkräfte für sonderpädagogische Förderung müssen im Kollegium verankert sein.
- Es muss eine systematische, vorauslaufende und begleitende Fortbildung der Lehrkräfte erfolgen.
- Die Schule muss über geeignete Räumlichkeiten verfügen.
- Für die Ressourcen gilt die Formel  $25 - 3 - 1,5$ . Die Eingangsklassen haben 25 Schüler, davon 3 mit Förderbedarf, pro Klasse gibt es zusätzlich zum Regelbedarf 0,5 Stelle.

### Schwerpunktschulen

Durch die Vorgabe von drei Förderschülern pro Klasse wird es in Zukunft Schwerpunktschulen geben. Begründet wird dies mit der angeblich notwendigen Bündelung der Ressourcen, speziell der Förderlehrkräfte. In NRW gibt es viele Schulen im gegliederten System, die nur sehr wenige Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf aufgenommen haben. Teilweise sind es unter

zehn Schüler/innen in der ganzen Sek I. Die fachliche Versorgung erfolgt dann z. B. durch stundenweise Abordnungen. Das ergibt ressourcentechnisch wenig Sinn. Für die integrierten Schulen ist eine Erhöhung von zwei auf drei Förderschüler unter diesem Aspekt überhaupt nicht erforderlich. So sind derzeit an den 301 Gesamtschulen ca. 15 000 Schüler mit Förderbedarf. Das sind im Schnitt pro Schule 50 Förderschüler, was nach der neuen Formel über acht Förderlehrerstellen entspricht.

## **Schwerpunktschulkonzept benachteiligt insbesondere die integrierten Schulen**

In den Eckpunkten ist festgelegt, dass nur dann weitere Schulen des Gemeinsamen Lernens eingerichtet werden, wenn an den bestehenden Schulen des Gemeinsamen Lernens drei Schüler/innen mit sonderpädagogischem Förderbedarf pro Klasse sind. Da die integrierten Schulen jetzt schon fast durchgängig inklusive Schulen und die anderen SI-Schulen erheblich unterrepräsentiert sind, würde die geplante Erhöhung der Zahl der Förderschüler pro Klasse de facto neben dem Gymnasium auch die Realschule von der Inklusion entlasten. Die Bewältigung der schulischen Inklusion wird also noch mehr als

bisher den integrierten Schulen zugewiesen.

## **Stigmatisierung der integrierten Schulen**

Ein nicht unwesentlicher Erfolg der bisherigen schulischen Inklusion in NRW war die Aufhebung der Stigmatisierung der Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf. Wenn es Schulen mit und ohne Inklusion gibt, dann sind die inklusiven Schulen nur dann attraktiv, wenn für die Schüler mit Förderbedarf die personelle und fachliche Betreuung an der Regelschule mindestens der der Förderschulen entspricht. Für die Eltern der Regelschüler sind inklusive Schulen dann interessant, wenn die räumlichen und personellen Ausstattungen besser sind als an nichtinkluisiven Schulen. Das ist nach dem vorgelegten Konzept der neuen Landesregierung nicht zu erwarten.

Zu befürchten ist vielmehr, dass das durchaus Kalkül ist.

## **Doppelstruktur Förderschulen und Regelschulen wird gestärkt**

Obwohl in der Finanzierung der Doppelstruktur erheblich teurer, wird die Doppelstruktur durch das Herabsetzen der Mindestgrößen für Förderschulen und Teilstandorten von Förderschulen wieder gestärkt. Bei der Bevorzugung der

personell-fachlichen Ausstattung der Förderschulen geht das bei dem gegenwärtigen Förderlehrermangel zu Lasten der Regelschulen und hier wiederum verstärkt zu Lasten der integrierten Schulen.

## **Förderschulgruppen an Regelschulen der Sek I**

Speziell für den Förderbereich Lern- und Entwicklungsstörungen sollen Fördergruppen als Teilstandorte von Förderschulen an Regelschulen eingerichtet werden können. Was das noch mit Inklusion zu tun hat, ist nicht nachvollziehbar.

## **Bewertung: Viel Schatten, wenig Licht oder wie die GEW NRW schreibt: Rückschritt statt Fortschritt**

Eine abschließende Bewertung ist noch nicht möglich, da man insbesondere auf die Ausführungen zur Einhaltung der formulierten Voraussetzungen gespannt sein darf. Man muss konzedieren, dass die Ressourcenformel 25 -3- 1,5 zwar erheblich mehr ist, als die rotgrüne Landesregierung für die Inklusion an Regelschulen definiert hatte.

Nimmt man aber die fast vollständige Ausklammerung des Gymnasiums und die nur wenig beteiligte Realschule, die geplante Ein-

richtung von Förderschulgruppen an Regelschulen in den Blick, dann wird die Inklusion für den schulischen Bereich im Kern aufgegeben. Das allgemeine Bekenntnis der Landesregierung zur Inklusion als ein Menschenrecht hat allenfalls deklamatorischen Wert.

Ergänzt man die Eckpunkte um die geplante Mindestgrößenverordnung für Förderschulen wird noch deutlicher, dass eine Weiterentwicklung der schulischen Inklusion im Sinne der UN-Konvention nicht Ziel dieser Landesregierung ist.

Neben der mangelnden Perspektive sind Klientelpolitik insbesondere für das Gymnasium und Benachteiligung der integrierten Schulen Kennzeichen der Neuausrichtung.

## Änderung des Schulgesetzes:

### Hauptschulbildungsgang an der Realschule-Verbundschule durch die Hintertür

**Die Fraktionen der CDU und der FDP fordern das Schulministerium auf, die Möglichkeiten des Schulgesetzes im §132c zu erweitern und den Bildungsgang der Hauptschule ab der 5. Klasse in Realschulen zuzulassen. Eine solche Haupt-Real-Schule erinnert stark an die gescheiterte Verbundschule.**



Werner Kerski

Stellvertretender Vorsitzender der GGG NRW

WERNER KERSKI

Es ist hilfreich, sich an die Entstehung und die Intention des §132c im Schulgesetz zu erinnern. Der §132c SchG wurde 2014 nach einer kontroversen Diskussion in der Bildungskonferenz initiiert, um die Abschlussschulproblematik im gegliederten Schulsystem zu lösen. Einvernehmlich wurde dort die „Kultur des Behaltens“ vereinbart:

„Jede Schule übernimmt die Verantwortung für den Bildungsweg der ihr anvertrauten Kinder und Jugendlichen. Es ist die Aufgabe und Zielsetzung der Schule, gemeinsam mit den Eltern, die von ihr aufgenommenen Kinder und Jugendlichen unter Wahrung der Bildungsstandards zumindest zum ersten von ihr angebotenen Abschluss (Sekundarstufe I) zu führen. (Empfehlung der Bildungskonferenz / Mai 2011).

Alle Teilnehmer stimmten auch zu, dass die Abschlussschulproblematik nicht zu Lasten der integrierten Schulen gelöst werden darf. Gestützt wird dies auch durch die

Landesverfassung. Darauf wird ausdrücklich in der Stellungnahme der GGG NRW zum 12. SchRÄG im Mai 2015 hingewiesen:

„Die GGG NRW hat auch in der Bildungskonferenz darauf hingewiesen, dass in der Landesverfassung grundsätzlich zwischen den Schulen des gegliederten Systems und den integrierten Schulen unterschieden wird. Diese Unterscheidung muss auch ihren Niederschlag in nachgeordneten Rechtsvorschriften finden.“

### 12. SchRAeG: Ergänzung durch §132c

Während sich die Realschulvertreter in der Bildungskonferenz kompromissbereit zeigten, waren die Vertreter des Gymnasiums nicht davon zu überzeugen, dass die Umsetzung der Kultur des Behaltens auch Maßnahmen für das Gymnasium erfordert – damals wie heute im Widerspruch zur Faktenlage: Im Jahr 2013 gab

es 6244 Schülerinnen und Schüler, die aus den Gymnasien des Landes abgeschult wurden.

So verabschiedete die Bildungskonferenz am 28.11.2014 die 8. Empfehlung: „Individuelle Bildungsverläufe sichern“

„In den Ausnahmefällen, in denen Eltern für ihre Kinder kein geeignetes Anschlussangebot in näherer Umgebung gemacht werden kann, soll an Realschulen den Schülerinnen und Schülern ermöglicht werden, den Hauptschulabschluss (nach Klasse 10) zu erreichen. Wenn in Einzelfällen zur Sicherung individueller Bildungsverläufe an Gymnasien ein Anschluss in erreichbarer Nähe nicht gewährleistet ist, entscheidet die Schulaufsicht unter Berücksichtigung des Elternwillens im Einvernehmen mit dem oder den beteiligten Schulträger(n) nach Anhörung der Schule über den weiteren Bildungsweg der Schülerin oder des Schülers.“

Die Diskussion in der Bildungskonferenz führte durch das 12. SchRÄG im Jahr 2015 zur gesetzlichen Regelung des §132c SchG:

„Der Schulträger einer Realschule kann dort einen Bildungsgang ab Klasse 7 einrichten, der zu den Abschlüssen der Hauptschule (§ 14 Absatz 4) führt, insbesondere wenn eine öffentliche Hauptschule in der Gemeinde oder im

Gebiet des Schulträgers im Sinne des § 78 Absatz 8 nicht vorhanden ist. ...“

### Ein sehr halbherziger Beschluss:

- Das Gymnasium war nicht in die Entwicklung einbezogen.
- Die Bestimmung „Der Schulträger einer Realschule kann ... einen Bildungsgang ... einrichten“ liegt ganz in der Logik der Ermöglichungspolitik. Von dieser Möglichkeit haben landesweit nur 10 Schulträger Gebrauch gemacht.

### Abschulen an den Gymnasien – Tendenz steigend

Aber auch die bestehenden Bestimmungen zur Verpflichtung der Schulen auf individuelle Förderung und damit des Zurückdrängens von Abschlüssen wurden und werden nicht hinreichend ernst genommen.

Jedenfalls deuten die steigenden Abschlussschulzahlen des Gymnasiums darauf hin. Nach §3(4) der APO SI haben alle Schülerinnen und Schüler das Recht auf individuelle Förderung:

„Jede Schülerin und jeder Schüler hat ein Recht auf individuelle Förderung, die auf die Herstellung der gleichberechtigten Teilhabe am Leben in der Gesellschaft unabhängig von Geschlecht, kultureller und sozialer Herkunft oder Behinderung hinwirkt. Hierfür erarbeitet jede Schule ein schulisches

### Quellen:

► Antrag der CDU-FDP – Drucksache 16/9066: [www.landtag.nrw.de](http://www.landtag.nrw.de)

► Quantita des MSB, Amtl. Schuldaten: [www.schulministerium.nrw.de](http://www.schulministerium.nrw.de)

► Bildungskonferenz: [www.schulministerium.nrw.de](http://www.schulministerium.nrw.de)

Förderkonzept, das im Rahmen der Bestimmungen für den Unterricht in den Schulformen Maßnahmen der inneren Differenzierung und Maßnahmen der äußeren Differenzierung umfasst. Hierdurch sollen alle Schülerinnen und Schüler individuell gefördert werden, insbesondere wenn

- 1. die Versetzung, der Abschluss oder das Erreichen einer Berechtigung gefährdet ist,**
- 2. der Verbleib in der Schulform gefährdet ist,**
- 3. sie besondere Begabungen und Potenziale haben oder auf Grund ihrer Leistungsstärke die Schulform gewechselt haben oder für einen Wechsel in Frage kommen oder**
- 4. sie auf Grund ihrer Zuwendungsgeschichte besondere Voraussetzungen (Mehrsprachigkeit) mitbringen.“**

Es deutet einiges darauf hin, dass die Bestimmung in der Schulpraxis kaum beachtet wird. Wie sonst wären die steigenden Zahlen der Abschlüssen an den Gymnasien zu erklären? Auf jeden Fall kann sich der Gesetzgeber nicht darauf verlassen, dass die Eltern im Einzelfall gegen Entscheidungen der Schule vorgehen. Schulaufsichtliches Handeln ist zwingend erforderlich, will man dem §3(4) Geltung verschaffen. Statistisch geht es um eine erhebliche Größenordnung, bei den

Gymnasien steigen die Zahlen von 6244 (2013) auf 6767 (2017) Schüler, an den Realschulen sind sie zurückgegangen von 7210 (2013) auf 4491 (2017).

### Konsequenzen für Gesamtschulen

Im Schuljahr 2017/2018 wurden insgesamt 11258 Schülerinnen und Schüler aus den Realschulen und den Gymnasien abgeschult. Aber wo setzen diese Kinder und Jugendliche ihre Schullaufbahn fort, wenn es vor Ort keine Hauptschule oder auch keine Realschule mehr gibt? Entgegen der Diskussion in der Bildungskonferenz und entgegen der Formulierung in der Landesverfassung gibt es große Übergangszahlen von den Gymnasien und den Realschulen in die integrierten Schulen: Im Schuljahr 2016/2017 wechselten insgesamt 3000 Schülerinnen und Schüler zu den integrierten Schulen. Bei diesem Zuwachs von Schülerinnen und Schülern in der Sekundarstufe I verwundert es nicht, dass die Gesamtschule seit vielen Jahren und unverändert die Schulform mit der größten Klassenfrequenz ist. Denn die Quote von 2,1% Schulwechslern bedeutet auch, dass jede Klasse eines Gymnasiums auf diesem Wege im Verlauf der SI mehr als 3 Kinder verliert. Umgekehrt bedeuten die 3000

abgeschulten Kinder eine Vergrößerung der durchschnittlichen Klassenfrequenz und das neben den Zuwächsen, die sich aus der Integration der Flüchtlinge ergeben. Es besteht also erheblicher Handlungsbedarf, die Möglichkeiten des §132c auszuweiten und das Gymnasium in die Kultur des Behaltens einzubeziehen.

### Abschulung verhindern – Vorschläge der GGG

Das Problem der Abschulung wurde schon von der alten Landesregierung nicht konsequent angegangen. Der Antrag der beiden Regierungsfractionen CDU und FDP vom 05.06.2018 mit der Überschrift

„Eltern, Lehrkräften und Schulträgern Planungssicherheit geben – äußere Differenzierung an Realschulen gestalten und einen Hauptschulbildungsgang ab Klasse 5 ermöglichen“

verkehrt jedoch die Idee des §132c SchG ins Gegenteil.

### Konsequentes Handeln würde folgendes vorsehen:

- Alle Schulen sind verantwortlich für die von ihr in den Jahrgang 5 aufgenommenen Kinder, sie müssen zu einem Abschluss am Ende der 10. Klasse geführt werden. Davon kann sich keine Schule und keine Schulform ausnehmen, auch nicht das Gymnasium.

- Die „Kann-Bestimmung“ für die Realschulen des §132c ist durch die Verpflichtung für die Schulträger zu ersetzen, alle aufgenommenen Kinder und Jugendlichen zu einem Abschluss zu führen.

- Im Gesetzentwurf für die Einführung von G9 (13. Schulrechtsänderungsgesetz) heißt es in §12(3) „Der Hauptschulabschluss nach Klasse 10 und der mittlere Schulabschluss (Fachoberschulreife) werden an der Hauptschule, der Realschule, der Sekundarschule, der Gesamtschule und dem Gymnasium mit neunjährigem Bildungsgang in einem Abschlussverfahren erworben, das sich aus den schulischen Leistungen in der zehnten Klasse und einer Prüfung zusammensetzt. Für die schriftliche Prüfung werden landeseinheitliche Aufgaben gestellt.“

Wenn also am Gymnasium sowohl der mittlere Abschluss als auch der Hauptschulabschluss erreichbar sein kann, muss es auch möglich sein, die zugehörigen Bildungsgänge in das Gymnasium zu integrieren.

In welcher Form die einzelne Schule das regelt (integriert oder kooperativ), ist ihre Entscheidung. Eine analoge Regelung zu der der Sekundarschulen (wahlweise kooperativ, teilintegriert oder integriert) liegt nahe.

## Wer zu früh kommt, den bestraft die Politik

Über ein schulpolitisches Gespräch, das keines war – Chancen vertan?

Die GGG NRW, die Landeselternschaft der integrierten Schulen in NRW, die Schulleitungsvereinigung der Gesamtschulen NRW und die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft NRW haben Anfang Juni 2018 gemeinsam Bedingungen für eine gelingende Fortführung der Inklusion an Gesamtschulen und Sekundarschulen in NRW veröffentlicht. Ein schulpolitisches Gespräch zum Austausch mit Vertreter\*innen der Landtagsfraktionen - vielleicht gar Politikberatung - sollte am 7. Juni 2018 in der Gesamtschule Bockmühle in Essen stattfinden. Sollte!



Michael Schulte

MICHAEL SCHULTE

Ausschlaggebend für das Positionspapier der vier Organisationen war die gemeinsame Sorge, dass die großen Herausforderungen durch Integration und Inklusion, aber auch die Herstellung von Chancengleichheit vor allem von Gesamtschulen und Sekundarschulen bewältigt werden müssen – ohne dass die Politik die hierfür notwendigen Gelin- gungsbedingungen schafft. Man wird nach einem Jahr Regie- rungszeit von Schwarz-Gelb in NRW ja wohl mal nach dem Stand der Dinge fragen dürfen. Zumal im Koalitionsvertrag das vergif- tete Lob zu lesen ist, dass die „langjährigen Erfahrungen der Gesamtschulen im Bereich der Inklusion (...) einen wichtigen Bei- trag zur erfolgreichen Gestaltung

dieser gesellschaftlichen Aufgabe leisten [können]“. Es folgten Sig- nale zum Bildungsauftrag des Gymnasiums. Dieser schließe ziel- differentes Arbeiten nämlich de facto aus. Gefolgt von der Aus- sage, Hauptschulen könnten eine neue Sinnggebung – neben dem des Auffangbeckens nach Ab- schulungen - als Schule für Schü- ler \*innen mit Lern- und Entwick- lungsstörungen erhalten und För- derschulen müssten gestärkt und wieder ausgebaut werden. So verfestigen sich schließlich starke Zweifel, ob bei CDU und FDP Inklü- sion drin ist, wo Inklusion drauf- steht.

**Diese Zweifel** – so ein Erkenntnis- wert des Gesprächs vom 7. Juni – waren und sind mehr als berech-

tigt. Es war erforderlich, Argu- menten entgegen zu treten, die man aus der Zeit der engagierten Debatten der Jahre 2012 und 2013 um das erste Gesetz zur Umsetzung der UN-Behinderten- rechtskonvention in den Schulen (9. Schulrechtsänderungsgesetz) kannte. Und eigentlich für endgül- tig geklärt hielt. Würde NRW zurückkehren zu einem System mit gut ausgebauten Förderschulen als alleinigem Ort der „Beschu- lung“ von Kindern und Jugend- lichen mit sonderpädagogischem Förderbedarf, so wäre der Behin- dertenrechtskonvention Genüge getan, denn dort gehe es nur um Unterricht für diese Kinder und Jugendlichen – egal wo und egal wie. Dass solchen Argumenten vom Podium und aus dem Kreis der Zuhörer\*innen entschieden widersprochen wurde, war dann doch eine Art der Politikberatung. Es war aber Politikberatung, auf die wir gern verzichtet hätten.

**Eine weitere Erkenntnis** bestand darin, dass erneut bestätigt wurde, wie das Zusammenwirken von Exekutive und Legislative in der Schulpolitik in NRW funk- tioniert. Vertreter\*innen von Frak- tionen referieren nicht das, was sie wissen und was förderlich für die Fachdebatte im Rahmen eines schulpolitischen Gesprächs sein könnte. Vertreter\*innen von Frak-

tionen sagen das, was die Exeku- tive freigibt. Wenn die aktuelle Lage so aussieht, dass das Mini- sterium für Schule und Bildung auf das Finanzministerium warten muss und Schulpolitiker\*innen auf die Freigaben durch das Ministe- rium warten müssen, kann ein Fachgespräch schnell zur Farce werden. Natürlich ist koordiniertes Regierungshandeln erforderlich und die Musik spielt nicht im Hohen Haus.

**Selten wurde so klar** wie am 7. Juni, dass zunächst in der Jäger- hofstraße (Finanzministerium), dann in der Völklingerstraße (Schulministerium), schließlich am Horionplatz (Staatskanzlei, Kabi- nett) und dann am Platz des Landtags entschieden wird. Dass die inzwischen bekannten „Eck- punkte zur Neuausrichtung der Inklusion in der Schule“ in ihrem Kernbestand den Vertretern von CDU und FDP Anfang Juni 2018 bekannt waren, darf unterstellt werden. Es wäre daher gut gewe- sen, hätte man über die Formel 25 – 3 – 1,5 die Festlegungen zur Rolle der Gymnasien und die der Förderschulen im Inklusionspro- zess sowie über die Pläne zu För- derschulgruppen an allgemeinen Schulen engagiert in der Bock- mühle diskutieren können. Es sollte nicht sein. Chance ver- tan!



Info

► Für die Fraktionen hatten teilgenommen:

**MdL Martin Sträßer**, CDU (i. V. für MdL Frank Rock)

**MdL Moritz Körner**, FDP (i. V. für MdL Franziska Müller-Rech)

**MdL Jochen Ott**, SPD

**MdL Sigrid Beer**, Bündnis 90/Die Grünen

► Von den Verbän- den nahmen u. a. die Landesvorsitzenden teil.

Die Veranstaltung war gut besucht. Im Teil- nehmerkreis waren zahlreiche Eltern, Lehrer /innen und Schullei- tungsmitglieder.

**Moderation:**

Michael Schulte, Landesgeschäftsführer der GEW NRW

## Anfang gut, alles gut - Gesamtschule der Stadt Geldern startet mit Eröffnungsfeier

So viel Aufregung gibt es vermutlich nicht allzu häufig bei der Eröffnung einer neuen Schule: Die Gesamtschule der Stadt Geldern war schon in den Schlagzeilen, bevor sie überhaupt an den Start ging! Ein Beitrag aus der Entstehungsgeschichte der Schule.



Dr. Birgit Hartmann  
Tanja Rathmer-Naundorf

TANJA RATHMER-NAUNDORF, DR. BIRGIT HARTMANN

**E**rst im November letzten Jahres beschloss der Rat der Stadt Geldern nach einer Bürgerumfrage und unter Zustimmung der Bezirksregierung Düsseldorf, die bestehende Sekundarschule auslaufen zu lassen und eine neue Gesamtschule zu gründen. Dies bedeutete in den folgenden Wochen und Monaten viel Arbeit für das Anmelde-Team, das von der Bezirksregierung mit dem Aufbau und der Gründung der Schule beauftragt wurde. Insbesondere das Konzept der neuen Schule wurde heiß diskutiert. Sehr schnell stand fest, dass die Gesamtschule der Stadt Geldern sich an den Prinzipien von M. Montessori orientieren sollte, ohne jedoch eine „reine“ Montessori-Schule zu sein. Dieser Wunsch wurde u.a. von der gegründeten Projektgruppe geäußert. Ein Logo „GG“, eine Homepage, Flyer, Kugelschreiber, Rollup und eine Beachflag wurden schon nach den ersten Planungswochen erstellt.

### Montessori & „Global Goals“

Nach einem Besuch des Anmelde-Teams an der Vierten Gesamtschule Aachen stand dann auch fest, dass das dort umgesetzte Konzept, die Kinder zu selbständigerem Lernen in ihrem eigenen Lerntempo und mit an die jeweiligen Fähigkeiten angepasstem Material anzuleiten, hervorragend zum Montessori-Grundgedanken passt. Auch die vorher bereits diskutierte Idee, die „Global Goals“ im Schulalltag zu verankern, nahm nun immer konkretere Gestalt an. Die Staats- und Regierungschefs der Welt haben sich auf 17 Globale Ziele geeinigt, deren Erreichung unser aller Leben verbessern würde. Das Ziel Nr. 3 „Gesundheit und Wohlbefinden“ wird die Schülerinnen und Schüler im ersten Schulhalbjahr 2018/19 begleiten, so dass in den nächsten Schuljahren auch die anderen 16 Ziele ausgiebig thematisiert werden. Zum Ende jeden Schulhalbjahres findet jeweils zu einem Global Goal eine Veranstaltung



„Schülerinnen und Schüler auf die Bühne“ statt, hier können die Kinder ihre Ergebnisse des Schulhalbjahres vorstellen, z.B. ein englisches Gedicht zum Thema „Wohlbefinden“.

### Eltern wollen diese Schule

Zunächst nur mit vier Zügen geplant, übertrafen die Anmeldezahlen alle Erwartungen, so dass sogar sechs Züge nötig waren, sollten alle Kinder einen Platz bekommen. Da eine solche Erhöhung jedoch nicht ohne weiteres umzusetzen ist, gab es längere Auseinandersetzungen mit den relevanten Stellen, bis es im Mai endlich hieß: Wir dürfen sechs Züge einrichten und können somit alle Kinder aufnehmen! Nicht zuletzt ist dieses Ergebnis sicherlich auch einer sehr aktiven Elternbewegung zu verdanken, die es sogar schaffte, dass die Schule lange vor ihrem ersten Schultag schon einen Fernsehauftritt hatte. Besonders erfreulich war es auch für das Planungsteam, dass



nahezu alle Eltern den Wunsch äußerten, ihre Kinder mit Montessori-Materialien arbeiten zu lassen. So erklärte sich der Schulträger, die Stadt Geldern bereit, alle sechs Klassen mit den entsprechenden Materialien auszustatten. Eine erste Montessori-Fortbildung für das ganze Kollegium hat schon vor Schulbeginn stattgefunden, weitere Fortbildungen sind bereits geplant. Die enge und gute Zusammenarbeit zwi-

Kinder der neuen Fünfer tragen Fürbitten zu den Global Goals vor

Unser Motto „Viele Ziele - viele Wege - Eine Schule“ ist überall zu sehen



**Erschöpft, aber glücklich:  
Das Team der Gesamtschule der Stadt Geldern nach der Eröffnungsfeier mit dem Schulträger**

schen Lehrern, Eltern und Schulträger setzte sich auch in der nun folgenden Phase fort, in der es nicht nur um die Entwicklung pädagogischer und fachlicher Leitideen, Inhalte und Ziele, sondern auch ganz konkret um Raumausstattung, die Planung der Eröffnungsfeier sowie die Beschäftigung von qualifizierten Eltern z.B. im AG-Bereich ging.

### Wichtig: der Förderverein

Schnell hatte sich auch ein Förderverein gegründet, dem es mit hervorragender Organisations- und Fachkompetenz gelingt, die Schule in vielen relevanten Aspekten zu unterstützen. Eine große Symbolkraft kommt daher den letzten Tagen der Ferien zu, in denen zukünftige Lehrer/innen, engagierte Eltern sowie sieben freiwillige Azubis der Stadt Geldern gemeinsam Regale und Schreibtische zusammenschraubten, Tische und Stühle schleppten, Montessori- Material auspackten und einräumten, Uhren aufhängten etc.

### „offene“ Klassenräume und Lernlandschaften

Wichtig ist hier zu erwähnen, dass die neue Gesamtschule der Stadt Geldern über „offene“ Klassenräume verfügt, das heißt, dass Eltern (vom Förderverein freundlich als „Assistentin/en“ bezeichnet) arbeiten aktiv in den Lernlandschaften mit. Die Lernlandschaften finden jeden Tag in der dritten und vierten Stunde statt, die Klassenverbände werden in dieser Zeit aufgelöst und die Kinder entscheiden selbst, in welcher Lernlandschaft sie sich aufhalten möchten (Deutsch, Mathematik, Englisch). Vorbereitete Bausteine helfen den Schülerinnen und Schülern ihr Lernpensum zu absolvieren. Ein Heft namens „Lernbegleiter“, den die Kinder täglich mitbringen sollten, protokolliert ihre Arbeiten und wird wöchentlich mit den Lehrer/innen besprochen.

### Große Eröffnungsfeier mit weißen Tauben

Auch die Eröffnungsfeier vom 29.08.2018 war ein Gemeinschaftsprojekt von Stadt, Kollegium und Eltern. Etwa 400 Gäste feierten zunächst einen gemeinsamen ökumenischen Gottesdienst. Neben Grußworten des Bürgermeisters Herrn Kaiser sowie der zuständigen Dezernentin Frau Bentele-Brückner gestaltete das

Kollegium unter Einbezug der Kinder den „offiziellen“ Teil, von dem sicher einer der Höhepunkte das Fliegenlassen von sechs weißen Tauben – eine für jede Klasse – war. In Gesangseinlagen bewies das Kollegium, dass man nicht perfekt sein muss, sondern dass manchmal auch der gute Wille und die Begeisterung für eine Sache das eigentliche Ziel ist. Ein besonders schönes und farbenfrohes Bild waren die grünen T-Shirts mit Logo, die alle Fünftklässler bekamen, so dass sie unter allen Gästen sofort als Schüler/innen der Gesamtschule der Stadt Geldern („GG“) zu erkennen waren.

### Ein Erfolgsprojekt, weil ....

Erwähnenswert ist im ganzen Prozess die ausgesprochen gute Zusammenarbeit mit dem Schulträger, der es geschafft hat, innerhalb von nur sechs Wochen Wände zu versetzen, Differenzierungsräume, Fenster und Türen einzubauen, alle Räume zu renovieren und in einen sehr guten Zustand zu versetzen. Zudem durfte sich die Schule neue Stühle, Dreieckstische und neue Regale kaufen. Das Kollegium der Schule setzt sich aus überwiegend jungen Lehrerinnen und Lehrern und einigen „alten Hasen“ zusammen, die sich alle bewusst für diese



**Impressionen von der Eröffnungsfeier**

Fotos: Gesamtschule der Stadt Geldern

Schule entschieden haben und damit die enorme Arbeit, die der Aufbau einer Schule bedeutet, in Kauf nehmen, weil sie auch gleichzeitig die Chance wahrnehmen wollen, eine Schule mitzugestalten. Das Engagement aller Beteiligten spiegelt sich in einer sehr positiven Lern- und Arbeitsumgebung wider, in der alle freundschaftlich und offen miteinander umgehen und jeder den Einsatz des anderen zu schätzen weiß.

**Wertschätzung ist daher an dieser Schule nicht nur ein Wort, sondern wird auch gelebt!**

## Schüler\*innen in NRW unter Druck und Stress – Schulpolitik auf einem Auge blind?!

Eine Projektgruppe der SV an der Erich-Fried Gesamtschule in Herne führt eine Online-Umfrage zum „Schulstress“ unter Schüler\*innen durch und hat bereits über tausend Rückmeldungen erhalten.

Die ersten Ergebnisse sind erschreckend – eine Aufforderung zum Handeln.



Carsten Piechnik

CARSTEN PIECHNIK

Anfang waren es „nur“ Wahrnehmungen, Auffälligkeiten, Sorgen. Dann wurde daraus eine NRW- weite Online-Umfrage unter Schüler\*innen mit erschreckenden und bestürzenden Ergebnissen. Von dem Weg hin zu einer Landtagspetition berichtet dieser Text.

### Eine historische Perspektive

Es ist ca. 20 Jahre her, die erste PISA- Studie und der darauffolgende PISA- „Schock“ durchfuhr das Land. PISA hatte in einem Leistungsvergleich ermittelt, dass deutsche Schüler\*innen im Vergleich mit denen anderer OECD-Staaten gerade einmal mittelmäßig abschnitten. Auftragsgemäß ging es um die Ermittlung der Zukunftsfähigkeit im Hinblick auf **ECONOMIC DEVELOPMENT**. Folgerichtig wurden die Kompetenzen von Schüler\*innen in den für die Wirtschaft besonders relevanten Gebieten Mathe, NW und Sprachverständnis ermittelt. Und nun

dies: Deutschland nur mittelmäßig. Die wirtschaftlichen Erfolge seit Beginn der Industrialisierung basierten doch zu einem großen Maß auf deutscher Ingenieurskunst, verfügt Deutschland doch über kaum anderweitige bedeutende Ressourcen seit dem Niedergang der Kohle. Drohte die Zukunftsfähigkeit ganz Deutschlands einzubrechen, wenn deutsche Schüler\*innen in diesen ökonomisch so bedeutenden Bereichen nur mittelmäßig waren, würden „wir“ überholt von Skandinavien, Asiaten, am Ende gar Drittstaaten?

### „Testeritis“ als Strategie

In der PISA- Logik ergaben sich auf schulischer Ebene mehr zentrale Prüfungen, mehr Standardisierungen, ein Paradigmenwechsel weg von der ursprünglichen Input- und der zwischenzeitlichen Prozessorientierung hin zu einer alle Bereiche erfassenden Outputorientierung, eine Begleitung des

Schulalltags durch Leistungserhebungen (PISA/ PIRLS/ TIMSS/ Lernstandserhebungen/ zentrale Prüfungen/ Zentralabiture usw.), Fokussierungen möglicher Förderkonzepte v.a. auf die Bereiche M/D/NW, in vielen Fächern nach der Umstellung auf kompetenzorientierte Lehrpläne eine Ausweitung und Verdichtung von Fachinhalten und ein „nach unten Fortsetzen“ dieser Tendenzen auch in den Kinder – und Kleinkinderbereich – z.B. Delfin-Sprachtests und der Trend zu Zertifizierungen in Kindergärten und Horten in Richtung von Frühförderungsangeboten à la „Der kleine Mathe- Einstein“ oder „Englisch für Dreijährige“, begleitet von einer einsetzenden Akademisierung der Beschäftigten der Institutionen der frühkindlichen Bildung (mindestens für die Leitungen der Einrichtungen). Selbst kleinste Verbesserungen in den folgenden PISA- Ergebnissen wurden relativ unreflektiert den eigenen getroffenen Maßnahmen zugeschrieben, die sich damit selbst immer weiter verstärkten.

### Folgen für Schuler\*innen

Die Schüler\*innen unserer Schule nahmen immer stärker die Folgen des Geschehens wahr: Schulen konnten die Studentafeln nicht mehr gewährleisten, wollten sie den Schüler\*innen eine schon

nach den Änderungen in der APO-GOST von 2009 ohnehin eingeschränkte Wahlfreiheit von Kursen ermöglichen, die Stunden passten einfach nicht mehr in das Raster von Mo. bis Fr. 1. – 9. Stunde, dazwischen eine Stunde Mittagspause. Also bildeten Schulen „Profile“ (z.B. Wahl- Einschränkungen auf nur wenige mögliche LK-Kombinationen), erfanden die „Nullte Stunde“ neu, machten die Mittagspause zu Unterrichtsstunden in der Studentafel oder verlängerten Schultage bis in die 11. oder 12. Stunde.

Die SV- Schüler\*innen betrachteten immer verwunderter ihre eigene Situation und recherchierten: An unserer Schule hatten Schüler\*innen vor 10 Jahren in der Jgst. 13 noch durchschnittlich 25 Wochenstunden, jetzt haben sie 35. Viele Schüler\*innen berichteten davon, dass sie es neben der Schule kaum noch schafften, sich ehrenamtlich, sportlich oder kulturell zu engagieren. Sie berichteten davon, wie schwer es ihnen fiel, in der 12. Stunde noch aufnahmefähig zu sein, und zweifelten daran, dass die Logik „mehr Mathe- Stunden = mehr Mathe-Kompetenzen“ so einfach zuträfe. Sie nahmen wahr, wie einzelne Mitschüler\*innen sich in Klausurzeiten mit Medikamenten „fit“ hielten, sich insgesamt ihre Ernährung umstellte, sich Schlafpro-

bleme einstellten und wie einzelne irgendwann einfach zusammenbrachen. Im Ruhrgebiet beträgt die Wartezeit für psychologische oder psychiatrische Beratungen und Therapien Jugendlicher zurzeit oft ca. 1 Jahr, weil die Beratungsstellen so „überlaufen“ sind.

### Schüler\*innen bringen Missstände in die Öffentlichkeit

Warum, so fragten sie, hat in über 70 Jahren Schule in NRW noch nicht eine einzige Landesregierung neben PISA, PIRLS, TIMSS und Co die Idee umgesetzt, Schüler\*innen zu fragen, wie es ihnen geht? Mittlerweile ist diese Frage hunderte Male von ihnen gestellt worden – und so einfach sie ist, so bestechend erscheint sie – denn die Schüler\*innen recherchierten, suchten Kontakt zu renommierten Professoren aus den Bereichen Erziehungswissenschaften und Soziologie und fanden tatsächlich keine Erhebungen in diesem Bereich.

Konnte es sein, dass in der sich selbst verstärkenden Logik der oben beschriebenen schulpolitischen Maßnahmen irgendwann der Blick auf das wirklich Wesentliche verloren gegangen war? Wenn tatsächlich unsere Kinder und Jugendlichen das wichtigste „Gut“ sind, das wir haben, warum fragt dann niemand, wie glück-

lich sie sind, wie kreativ, wie demokratiefähig, wie tolerant, wie sozial handelnd, wie selbstkompetent, wie menschlich, wie wahrgenommen? Und konnte es sein, dass die gleichen Verantwortlichen, die all dies nicht fragten, sich gleichzeitig offensichtlich zutiefst erschüttert zeigen über Politikverdrossenheit, das Erstarken extremer Parteien, Populismus, die abnehmende Zahl ehrenamtlich arbeitender Jugendlicher, Vereinsamung in der Gesellschaft, soziale Kälte, Gewaltbereitschaft, Egoomanie, die ansteigende Zahl von AD(H)S-Therapien, die hohe Zahl an Medikamentenmissbrauch oder die hohe Zahl an Essstörungen? Wenn es sonst niemand fragt, fragen wir es halt selbst.

### Das Projekt „Stress-Umfrage“ – erste Ergebnisse

Die Schüler\*innen entwickelten einen Fragenkatalog zum Befinden von Schüler\*innen in Schulen in NRW, stellten ihn online und warben für ein Mitmachen. Die Zwischen-Auswertung von NRWweit 1250 Teilnehmenden ergab dann ein erschreckendes Bild: Mehr als die Hälfte der bis dahin teilnehmenden Schüler\*innen fühlt sich danach von der schulischen Situation außergewöhnlich belastet. In den Klassen 10 bis 13, die kurz vor ihren Schulab-

schlüssen stehen, sind es sogar deutlich mehr als zwei Drittel. Mehr als sieben von zehn der älteren Schüler\*innen verbinden mit der Schule vorrangig Begriffe wie Stress, Überforderung oder Druck. Rund ein Drittel klagt über Angst oder das Gefühl der Ausweglosigkeit. Positive Gefühle wie Freude, Glück oder Ausgelassenheit verbinden unter zehn Prozent der Schüler\*innen mit Schule. Sogar zwei Drittel klagen über körperliche oder psychische Belastungen. An erster Stelle werden dabei Kopfschmerzen, Schlaflosigkeit, Erschöpfung, Antriebslosigkeit oder Konzentrationsprobleme genannt. Deutlich mehr als die Hälfte hat nach eigenem Bekunden zu wenig Zeit für Freizeitbeschäftigungen oder ehrenamtliches Engagement – es scheint, als ob schulische Setzungen demokratisches Engagement oder persönliche „Reifung“, die ja auch ein gewisses Maß an Zeit und Raum benötigen, verhindern. Diese bestürzenden Ergebnisse werden von zwei, ebenfalls von uns durchgeführten Umfragen unterstützt: Sowohl die von uns befragten Institutionen der Kinder- und Jugendarbeit, der Sportjugendarbeit und der Musik- oder Kunstpädagogik als auch psychologische, psychiatrische und allgemeinmedizinische Beratungsstellen spiegeln tendenziell

deckungsgleich unsere Ergebnisse<sup>1</sup>. Schulische Setzungen erschienen so betrachtet immer stärker als Teil gesellschaftlicher Probleme, nicht als Teil ihrer Lösung.

Während die Auswertung einer einzigen Lernstandserhebung in einer Klasse 8 in nur einem Fach den Umfang von ca. 130 DIN A4 Seiten beansprucht, weiß gleichzeitig offenbar niemand (jedenfalls nicht systemisch erhoben), wie viele Jugendliche sich in unseren Schulen momentan ritzen, Essstörungen haben, in norm- und wertschwachen Elternhäusern leben, kaum Verlässlichkeit kennen, angenommen sind, hungrig zur Schule kommen, spielsüchtig oder einsam sind oder auch überbehütet.

Die Schüler\*innen fragten, ob denn niemand die Zusammenhänge zwischen diesen Dingen sieht, zwischen all diesen Gegebenheiten, den gesellschaftlichen Problemen in vielen Bereichen und den Ergebnissen der Leistungserhebungen. Sie wunderten sich, dass offensichtlich nicht klar ist, dass es Kindern in solchen schwierigen Befindlichkeiten nicht hilft, immer neue Leistungsstandards immer weitreichender festzulegen.

Die offensichtliche Fokussierung auf immer mehr standardisierte Klausuren oder die in Teilen so

# Demokratieprojekt Schüler unter Druck



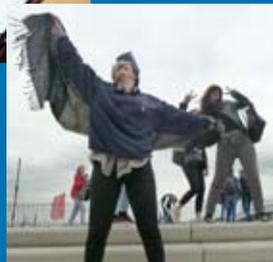
Oben links:  
Beginn des Projektes  
2014; Schülergruppe  
bei der Ausarbeitung  
des Fragenkataloges:  
Sara Kalayci, Vanessa  
Sklarsky, Rebekka  
Springwald, Alexander  
Mossel, Stefan Cesar



Arbeitswochenende:  
Oben: Joana, Jana,  
Rebekka und Gisele  
Mitte: Mona, Vanessa  
Unten: Mona Justin



Rechts:  
Pause bei der  
Lernstatt in HH



Oben mitte:  
Präsentation der fertigen Landtagspetition im November  
2017: Jana Thieme, Elif Balinan, Vanessa Sklarsky, Rebe-  
ka Springwald, Justin Reichelt



Oben:  
Präsentationstag bei der  
Lernstatt in HH.  
Elif Balinan, Carsten  
Piechnik;  
Matthias Beckmann  
(SV- Lehrer Erich- Fried-  
Gesamtschule und Projekt-  
begleiter)



Rechts:  
Fertige Landtagspetition im  
November 2017



Oben rechts:  
Verleihung der  
Auszeichnung  
für das Projekt  
auf der Lernstatt  
in HH. Mona  
Benbaida, Elif  
Balinan, Carsten  
Piechnik

Mitte links:  
Radio- Interview  
mit Elif Balinan.  
Bundes- Lernstatt  
Demokratisch  
Handeln  
in Hamburg 2018



Mitte rechts:  
Regionale Lernstatt Demokratisch Handeln  
2018 in Hamminkeln;  
Jana und Rebekka bei der Präsentation des  
Projektes mit Ministerin Gebauer



Unten: von links nach rechts:  
Im NRW-Landtags-Vorwahlkampf zu einer  
Podiumsdiskussion eingeladene Politiker Herner  
Parteien:  
Thomas Nücke (FDP), Raoul Roßbach (Grüne),  
James M. Eilebrecht (Piraten), Alexander Vogt  
(SPD)  
SV- Schülerinnen:  
Vanessa Sklarsky, Elif Balinan, Jana Thieme,  
Rebekka Springwald

gehypte Digitalisierung werden so gesehen gar nicht helfen, egal, wie sehr an dieser „Stellschraube“ gedreht wird.

## Zurück auf „START“?

Ich halte inne – schon wieder so einfache, aber bestechende Gedanken. Wie wäre es also, wenn man ganz anders fragte? Wie wäre es, wenn man von ganz anderen Ausgangsfragen ausginge? Wie wäre es, wenn man an den Anfang aller Überlegungen eine gänzlich andere Überschrift stellte als bisher? Zum Beispiel „WOHLBEFINDEN“? Wie wäre es, wenn man das gesamte Schulsystem neu denken würde aus der übergeordneten Frage heraus, was alle sich in diesem System Befindlichen bräuchten, um sich wohl zu befinden? Wie wäre es, wenn man dann von dieser Überschrift immer differenzierter und widerspruchsfrei weiterdenken würde? Selbstverständlich wäre die Frage, wie die Setzungen sein müssten, um fachliche Leistungen erbringen zu können, die am Ende wirtschaftlich nützlich sind, sowohl für die Gesellschaft insgesamt als auch für das Individuum ein wichtiger Teil – aber eben auch nur einer!

## Aktuelle systemische Widrigkeiten

Bei diesen Gedanken und den Fragen, was alles noch notwendig wäre, rückte der Aspekt der Widerspruchsfreiheit in den Fokus. Grundsätzlich sind die derzeitigen systemischen Schulstrukturen im Wesentlichen noch kaiserlich-preußisch: Neben fast durchgängigen organisatorischen Top-down-Strukturen oberhalb der Einzelschulen haben wir ein dreigliedriges System, dessen bedeutendster Grundpfeiler ein Berechtigungswesen ist: Mit dem Abitur kann man studieren, ohne im Wesentlichen nicht. Dieses System beinhaltet zwangsläufig eine Selektions- und Allokationsfunktion, die im Grundsatz von der Schulpolitik kaum hinterfragt wird. An dieses Grundkonstrukt hat man im Laufe der letzten 100 Jahre immer wieder Teilaspekte „dran gebaut“, die historische Entwicklungen verlangten. Wichtigste Beispiele sind in den vergangenen Jahren sicherlich die Inklusion und die Integration von Seiteneinsteigern. Wie unvereinbar die verschiedenen Konstrukte „Selektion vs. Inklusion / Integration“ letztlich sind, zeigen jüngst zum Beispiel die gravierenden Probleme, die sich nach Abschluss der zweijährigen DAZ/DAF-Förderung von „Seiteneinsteiger“-Kindern an Gymnasien und Real-

schulen ergeben: Nach zweijährigen oft intensiven Integrationsbemühungen einzelner Lehrer\*innen und Kollegien und Mitschüler\*innen greift plötzlich der selektive Leistungsgedanke und ein Großteil dieser Kinder muss „abgeschult“ werden, weil sie dem „Bildungsanspruch“ der Gymnasien oder der Realschulen nicht genügen. Dies bedeutet zum Beispiel erneute Entwurzelung für viele der Kinder und für viele Kommunen und aufnehmende Schulen bedeutet es eine Überforderung wegen fehlender räumlicher, sächlicher und personeller Ressourcen, was z.B. oft zu einer Beschulung der Kinder in Container- „Raumsystemen“ führt.

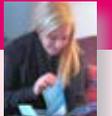
## Petition an den Landtag - erste Erfolge!

Hier stehen wir nun: Die SV einer kleinen, ganz normalen Gesamtschule in Herne stellt das Große und Ganze sehr in Frage. Wir glauben, wir tun es zurecht und mit guten Gründen und der Zuspruch von Vielen, die uns ihr Ohr schenken und ihre Gedanken und Herzen öffneten, gibt uns Mut, ebenso wie der mittlerweile große Zuspruch von Demokratie-„Wettbewerben“ wie „Demokratisch Handeln“ oder auch ein gewisses mediales Echo. Also sind wir nun den letzten Schritt gegang-

en, um unser Anliegen dorthin zu bringen, wo letztlich schulische Bedingungen und Strukturen gesetzt werden: In den Landtag. Wir haben eine Petition gestellt, um zu ermöglichen, dass man unser Anliegen dort zu einem Thema macht und uns ermöglicht, unsere Gedanken und Forderungen den Gremien vorzustellen, die mit schulpolitischen Entscheidungen betraut sind, um schließlich Änderungen im Schulsystem anzuregen. Nach einer ersten Anhörung im Petitionsausschuss wird es nun voraussichtlich im Oktober eine weitere Anhörung in Düsseldorf geben, zu der je ein Vertreter jeder Landtagsfraktion des Schulausschusses des Landtags, hochrangige Vertreter aus dem Ministerium, Vertreter der Bezreg. Arnsberg, evtl. Vertreter des Herner Schulausschusses und die SV der Erich-Fried Gesamtschule als Petenten eingeladen sein werden.

Wir werden dorthin gehen mit zwei Postkarten im Gepäck, die man uns auf unserem Weg irgendwann zugesteckt hat:

**„WAS AUCH IMMER GUT FÜR DEINE SEELE IST ... MACH ES!“  
und  
„GIB NIEMALS ETWAS AUF, AN DAS DU JEDEN TAG DENKEN MUSST“.**



Info

### <sup>1</sup> Zur Umfrage und Ergebnissen

► [www.erich-fried-gesamtschule.de](http://www.erich-fried-gesamtschule.de) über SV-Botton

► Film über facebook  
[www.bit.ly/2zp6BKZ](http://www.bit.ly/2zp6BKZ)  
oder :  
youtube <https://www.youtube.com/>

## Die schönsten Mädchen- und Jungentoiletten von ganz Krefeld!

Unschöne, graue und verschmutzte Schultoiletten kennt man bereits aus der eigenen Schulzeit – leider hat sich daran seit Jahrzehnten nichts geändert, so auch nicht an den Schultoiletten der Kurt-Tucholsky-Gesamtschule Krefeld.



Janine Schindler

JANINE SCHINDLER

Die Toilettüren und –wände waren oft beschmiert, und auf den Böden lag nicht selten Toilettenpapier oder anderer Kram herum. Selbst die Schüler und Schülerinnen beklagten sich oft über das trostlose Aussehen der Schultoiletten. Es musste also etwas geschehen, in der Hoffnung, dass die Verschmutzungen aufhören und dass der Besuch der Schultoiletten auch nicht mehr ganz so „trostlos“ ist. Aus diesem Grund entschlossen wir uns, die Kolleginnen K. Sürth und ich, im Zuge eines Projekts „Wir verschönern unsere Schule“ dies zu ändern. Im Zeitraum mehrerer Monate wurden zunächst die Mädchentoilette und dann die Jungentoiletten mit freiwilligen Helfern der Jahrgänge 5 – 10 an mehreren Tagen verschönert. Wichtig war den Projektleiterinnen, dass das Projekt gemeinsam mit Schülern stattfindet und diese auch Mitspracherecht bei der Gestaltung der Toiletten haben.

So wurde zu Beginn geklärt, wie die Mädchen- bzw. Jungentoiletten gestaltet werden sollten. Nach kurzer Zeit stand fest, dass viel Glitzer, ein großer Spiegel und Tiermotive die Mädchentoiletten verschönern sollen. Die Jungen wollten eher Sportmotive in ihren Toiletten aufgehängt haben. Gemeinsam mit den Schülern wurde an mehreren Schultagen gemalt, gebastelt und gehämmert, sodass die Schule jetzt zu Recht behaupten kann, „Die schönsten Mädchen- und Jungentoiletten von ganz Krefeld“ zu haben.

Die Verschönerung war ein voller Erfolg, denn die Verschmutzungen etc. in der Mädchen- und der Jungentoilette sind bedeutend weniger geworden. Eine „schöne“ Schultoilette will halt doch niemand beschmutzen.



Fleißige Dekorateurinnen der Schultoiletten mit den Lehrerinnen K. Sürth, J. Hecq, J. Schindler



Ausgemalte Bilder verschönern Fliesen und Türen

Bunt bemalte Spiegelrahmen und Fliesenborden sind richtige Highlights

## Landtagsabgeordnete der CDU besuchen Gesamtschulen

Sie diskutieren über Sozialindex

Auf Einladung der GGG NRW besuchten MdL Frank Rock, Sprecher der CDU-Fraktion im Ausschuss für Schule und Bildung, und MdL Jens-Peter Nettekoven im Juni zwei Gesamtschulen in Wuppertal.



Dagmar Naegele

DAGMAR NAEGELE

Anlass waren schon zuvor geführte politische Gespräche über die Situation der Gesamtschulen und Sekundarschulen in NRW und die notwendige politische Unterstützung insbesondere, um die Inklusion umzusetzen. Deutlich werden sollte aber auch, wie unterschiedlich die Arbeit der Gesamtschulen und Sekundarschulen in NRW ist, welche Herausforderungen sie stemmen müssen, wie die kommunalen Träger unterschiedlich aufgestellt sind und wie vielfältig die pädagogischen Konzepte in den Schulen sind. Nicht jede Schule macht alles und nicht jede Schule kann alles machen.

### Besuch der ELSE-LASKER-SCHÜLER GE in Wuppertal

Eine Schule mit sehr hohem Anteil von Jugendlichen mit Migrationshintergrund (von 1403 Schüler\*innen sind 1144 mit Migrationshintergrund) beeindruckte durch das spezielle Schulkonzept der Kulturschule in einem städtischen

Raum. Theater-, Musikklassen aber auch Ingenieur- und Naturwissenschaftsklassen prägen das schulische Angebot.

Die Besucher\*innen sahen den Unterricht der Integrationsklasse Deutsch, der Instrumentalkurse und einen Leistungskurs Deutsch der Jahrgangstufe 13.

Eine lebhafte Diskussion gab es anschließend mit der Schulleiterin **Dorothee Kleinherbers-Boden**, die deutlich machte, wie die Integration von Kindern mit Migrationshintergrund gelingen kann:

- Hohe pädagogische Bindung. Die Schule praktiziert ein einmaliges Modell in NRW, in dem alle Schüler\*innen von Klasse 5 bis 10 mit ihren Lehrer\*innen zusammen bleiben.
- Angebote mit kultureller und technischer Ausrichtung, um alle Talente der Schüler\*innen zu fördern.

Diese Schule hat sich bewusst für die Integrationsförderung von Kindern mit Migrationshintergrund entschieden und kann deshalb keine Inklusion für Kinder mit Handicap anbieten. Der Zustand des Schulgebäudes und die Ausstattung kommen den Bedürfnissen der Schule nur schwer nach. Hier ist der Schulträger in der Pflicht.

### Besuch der ALEXANDER-COPPEL-GE in Wuppertal

Diese Schule, die nicht direkt im sozialen Brennpunkt arbeitet, aber auch einen Anteil von Kindern mit Migrationshintergrund von 42% aufweist, widmet sich der Inklusion, baut kulturelle und technische Schwerpunkte insbesondere in der Oberstufenarbeit aus. Technik wird hier auch als Abiturfach angeboten. Ein schönes Gebäude, die breite Kooperation mit externen Partnern, die volle Unterstützung der Kommune sind grundlegend für den Erfolg. Auch hier zeigte der Schulleiter Andreas Tempel auf, dass eine weitere Belastung dieser Gesamtschule mit immer mehr Kindern zur Inklusion, Zuweisung von abgeschulten Kindern anderer Schulsysteme oder eine Erhöhung der Zügigkeiten die pädagogischen Grundlagen untergraben und in Frage stellen. Die Lehrerkollegien sind am Limit ihrer Leistungsfähigkeit. Es stellt sich die Frage, ob weiter-

hin Inklusion überhaupt noch verantwortungsvoll möglich ist.

Das Fazit aus beiden Schulbesuchen entspricht der Gesamtsituation der Gesamtschulen und Sekundarschulen im Land NRW: Inklusion und Förderung von Kindern mit Migrationshintergrund lassen die Gesamtschulen und Sekundarschulen trotz vielfältiger Konzepte an die Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit kommen und darüber hinaus.

Dringend notwendig ist die Zuweisung von ausreichend Fachlehrer\*innen besonders in sozialen Brennpunkten. Es darf auch keine weitere Überfrachtung der Schulen stattfinden z. B. mit zusätzlichen Schulformwechslern.

### Zu den Gelingensbedingungen guter Schulen gehört unabdingbar eine zielgenaue und nachhaltige Ressourcenverteilung.

Dazu lieferte **Thomas Groos**, Mitarbeiter bei der Stadt Solingen in der Abteilung Statistik in einem Vortrag Lösungsansätze. Zusammen mit **Norah Jehles** hatte er die Publikation „Der Einfluss von Armut auf die Entwicklung von Kindern“ (Gütersloh, 2015) verfasst. Er stellte das **Modell des Sozialindex** vor, so wie dieser bereits Anwendung bei Mühlheimer Grundschulen findet. Anhand der Wohnraumanalyse der Kinder einer Schule sind



**Fazit:**  
Wir werden als GGG NRW die Diskussion um eine gerechte und effektive Ressourcensteuerung im Schulbereich gerne mit Vertretern \*innen der demokratischen Parteien im Landtag weiterführen.

hier Möglichkeiten aufgezeigt, zielgenau das einzelne Kind in seinem sozialen Umfeld zu erfassen und entsprechend der aufnehmenden Schule die notwendigen Mittel auch dorthin zu vergeben. Das Modell des Sozialindex wird von der GGG NRW und anderen Verbänden seit geraumer Zeit als mögliches Steuermodell zur ziel-

genauen und damit besseren Förderung von Kindern in die politische Diskussion eingebracht. Es ist dankenswert, dass sich MdL Frank Rock einen ganzen Tag Zeit nahm, nicht nur unterschiedliche Gesamtschulen kennenzulernen, sondern sich auch mit dem Modell des Sozialindex auseinander gesetzt hat.



Info

### Inklusion ja, aber nicht so!

Eine Reihe von Gesamtschulen hat am Ende des letzten und zu Beginn des neuen Schuljahres Beschlüsse gefasst, die sich gegen die verschlechterten Bedingungen an den Schulen und gegen die beschlossenen Eckpunkte der Landesregierung wenden.

Aus dem Beschluss der Geschwister-Scholl-Gesamtschule in Moers zitiert: „Insbesondere halten wir auch die von der derzeitigen Landesregierung vorgesehene Verteilung für die Zuständigkeiten für Inklusion, die die Gymnasien weitgehend aus der Verantwortung entlässt, für extrem ungerecht gegenüber unserer Schulform“. Beispielhaft für viele andere integrierte Schulen sind die Beschlüsse der Gesamtschulen Wuppertal Langerfeld, Geschwister-Scholl GE in Moers und Pafrauth auf unserer Homepage einsehbar: ► [www.ggg-nrw.de](http://www.ggg-nrw.de)

**Daten zur Inklusions: MSB NRW Statistische Übersicht Nr. 399 – Quantita Schuljahr 2017/18 - 1. Auflage.** Hieraus ergibt sich eindeutig, dass eine Erhöhung der Zahl der Förderschüler pro Klasse von zwei auf drei an den integrierten Schulen schon bei den aktuellen Zahlen nicht nötig ist. Die kleinste vierzügige Gesamtschule hat nach dem derzeitigen Verteilerschlüssel von zwei Förderschülern pro Klasse 48 FöS in der Sek I. Das ergeben nach der neuen Formel aus dem Eckpunktepapier (drei FöS= 0,5 Stelle) acht volle Förderlehrerstellen.

Die kleinste dreizügige Sekundarschule hätte nach dem Modus sechs volle Förderlehrerstellen.

## PRESSEMITTEILUNG

debus  
PÄDAGOGIK

DEBUS PÄDAGOGIK VERLAG  
c/o WOCHENSCHAU VERLAG  
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit  
Eschborner Landstr. 42-50  
60489 Frankfurt/M.  
Telefon: 069 / 7860772-0  
Telefax: 069 / 7860772-25  
presse@debus-paedagogik.de  
www.debus-paedagogik.de

### Streitschrift Inklusion

#### Was Sonderpädagogik und Bildungspolitik verschweigen

In der öffentlichen Meinung wird nach anfänglicher Inklusionseuphorie inklusive Bildung kritisch bis ablehnend beurteilt und die Sonderschule/Förderschule als unverzichtbare Alternative herausgestellt. Dieser gesellschaftlichen Abwertung eines Menschenrechts stellt sich Brigitte Schumann in ihrer Streitschrift entgegen. Sie legt dar, dass die „Allianz des Verschweigens“ aus Kultusministerkonferenz (KMK) und Sonderpädagogik die menschenrechtsbasierte inklusive Bildung politisch verfälscht und diskreditiert. Inklusion wird auf ein Wunsch- und Wahrrecht für Eltern von Kindern mit Behinderungen reduziert und einem unverändert selektiven und ungerechten allgemeinen Schulsystem als Widerspruch „aufgepfropft“. Mit dem Elternwahrrecht, das sie jahrzehntlang strikt ablehnten, begründen KMK und Sonderpädagogik heute die Aufrechterhaltung eines kostspieligen und ineffizienten Sonderschulsystems mit nachhaltig schädlichen Folgen für die Betroffenen. Diese politisch motivierte Konstruktion entzieht den allgemeinen Schulen notwendige personelle Ressourcen für die inklusive Schulentwicklung und führt zu einer spürbaren Unterfinanzierung, die dem Ansehen von Inklusion erheblich schadet.



Brigitte Schumann  
**Streitschrift Inklusion**  
Was Sonderpädagogik und Bildungspolitik verschweigen

Debus Pädagogik Verlag  
Frankfurt/M. 2018  
ISBN 978-3-95414-106-7  
112 S., € 14,90  
E-Book:  
ISBN 978-3-95414-107-4,  
€ 14,90

Fordern Sie Ihr  
Rezensionsexemplar  
einfach formlos per E-Mail  
an: [presse@debus-paedagogik.de](mailto:presse@debus-paedagogik.de)

In historischer Perspektive zeichnet die Autorin nach, dass die „Allianz des Verschweigens“ auf der historischen Lüge von der Hilfsschule als Opfer des Nationalsozialismus gegründet ist und zum Ausbau des Sonderschulsystems nach 1945 geführt hat. Verschwiegene sonderpädagogische Kontinuitäten machen bis heute das Unrecht möglich, dass sozial benachteiligte Kinder mit schulischen Lern- und Leistungsproblemen in Sonderschulen segregiert werden. Die im Nationalsozialismus eingeführte sonderpädagogische Konstruktion der „Hilfsschulbedürftigkeit“ heißt heute „Lernbehinderung“. Die Zufälligkeit und Willkürlichkeit, mit der Kinder als „lernbehindert“ etikettiert und dem Förderschwerpunkt Lernen durch sonderpädagogische Diagnostik zugeordnet werden, sind ebenso empirisch nachgewiesen wie die nachhaltige Beschädigung der davon Betroffenen.

Schumann zeigt auf, dass die Forderungen der Sonderpädagogik Blaupausen für die Grundsatzbeschlüsse waren, die die KMK in den Jahren 1960, 1972, 1994 zur sonderpädagogischen Förderung gefasst hat. Die Grundsatzbeschlüsse der KMK zu inklusiver Bildung von 2010 und 2011 reihen sich folgerichtig in diese Bündnistradition ein und bauen Barrieren gegen Inklusion auf.

Die bildungspolitisch und sonderpädagogisch betriebene Verfälschung und Diskreditierung von Inklusion hat fatale Folgen über die Schule hinaus, so Schumann. Inklusion wird daran gehindert, als gesellschaftlicher Gegenentwurf zu den gefährlichen Tendenzen gesellschaftlicher Spaltung, Ausgrenzung und Exklusion wirksam zu werden. Um die harten politischen und gesellschaftlichen Widerstände gegen Inklusion zu überwinden, bedarf es daher neben einer menschenrechtlich ausgerichteten politischen Bewegung auch einer Aufarbeitung der Geschichte der Sonderpädagogik, die sich als Aufarbeitung deutscher Geschichte begreift.



Dr. Brigitte Schumann

war 16 Jahre Lehrerin an einem Gymnasium und 10 Jahre Bildungspolitikerin im Landtag von NRW. Sie promovierte 2006 mit einer Studie über die Sonderschule für Lernbehinderte. Derzeit arbeitet sie als Bildungsjournalistin.

## Partizipation in der Schule: Eltern wirken mit

Unsere Weiterbildungseinrichtung „Forum Eltern und Schule“ (FESCH) hat in Kooperation mit der Landeselternschaft für integrierte Schulen „LEiS NRW e.V.“ ein neues Seminar konzipiert: „Gewählt – was nun? Elternpflegschaft für Einsteiger\*innen“. Grund genug, bei **Birgit Scheltmann** von LEiS NRW und **Bianka Ledermann** FESCH nachzufragen, was das Besondere daran ist.

**ISA:** Wie seid ihr auf die Idee gekommen?

**BS:** Ich bin selbst Schulpflegschaftsvorsitzende einer Gesamtschule und kann mich noch gut an meine Anfangszeit erinnern. „Man“ wird gewählt und – schnapp – erlebt „man“ viele Premieren. Durch die Funktion ist man geborenes Mitglied der Schulkonferenz und hat plötzlich Entscheidungen mit zu treffen, für Dinge, mit denen man vorher noch nie was zu tun hatte. Man kann die Konsequenzen gar nicht immer absehen. Um anderen Eltern den Anfang zu erleichtern, haben wir dieses Seminar entwickelt.

**BL:** Als Elterntrainerin für „Eltern Stärken@“ oder „Starke Elternstarke Kinder@“ habe ich in vielen Veranstaltungen Eltern begleiten dürfen. Mir ist es wichtig, Orientierung zu geben und Unterstützungsmöglichkeiten bekannt zu machen.

Moderation von Veranstaltungen, sich trauen etwas zu sagen und sich zu positionieren ist etwas, was wir in diesem Seminar einüben wollen, um Eltern zu stärken und zu ermuntern, sich einzumischen.

**ISA:** Worum geht es denn bei eurem Seminar genau?

**BS:** Unser Seminar bietet einen Überblick über Rechte, Pflichten, den zeitlichen Aufwand und die unterschiedlichen Möglichkeiten, sich einzumischen.

**BL:** Wir bieten auch Kommunikationstechniken und Moderationsmethoden an. Des Weiteren geben wir Raum für Austausch und Vernetzungsmöglichkeiten. Wir üben auch praktisch, sich körpersprachlich präsent zu fühlen, und laden ein, sich auszuprobieren.

**BS:** Ich habe es oft erlebt, dass Eltern etwas sagen möchten,

sich aber abschrecken lassen, weil sie nicht wissen, wie man vor einer Gruppe redet. Sie fühlen sich unsicher und wissen nicht, ob ihnen zugehört und was von ihnen erwartet wird. Hier setzen wir an. Wir bieten Übungen an, die zeigen, wie Körpersprache und Stimme wirken, wie man schwierige Situationen meistern und sogar unbeschadet „überleben“ kann.

**ISA:** Es wird also praktisch geübt?

**BS:** Ja – wir könnten z.B. eine Schulkonferenz simulieren und im Rollenspiel üben. Wir wollen Mut machen und bieten an, sich zu erproben.

**BS:** Mir ist es wichtig, dass wir in lockerer Atmosphäre und mit viel Spaß an der Sache einen Samstag miteinander verbringen. Wenn unsere Eltern mit einem guten Gefühl, „gut gerüstet“ für die neue Aufgabe nach Hause fahren, haben wir das Ziel erreicht!

**BL:** Unsere Eltern sollen nicht nur miteinander viel lachen, sondern auch mit einem gefüllten Methodenrucksack gestärkt in ihre Schule zurückkehren, etwas auffrischen und wiederentdecken, was sie schon können und kennen.

**ISA:** Wie geht ihr denn damit um, wenn die Eltern – eure Teilnehmenden – andere Wünsche und Bedürfnisse einbringen?

**BS:** Offen natürlich. Es ist Alltag in Gruppen und Konferenzen, dass Themen sich verändern. Wir nehmen Eltern ernst, deshalb sind die Fragen der Eltern willkommen. Wir wollen ein lebendiges Seminar miteinander gestalten, den roten Faden „Mitwirkung“ dabei aber nicht verlieren.

**BL:** Dialog lebt vom Miteinander und vom Augenblick und den echten Bedürfnissen der Menschen. Wir freuen uns, wenn sich die Eltern thematisch einbringen. Das ist ja unser Ziel der Veranstaltung. Dann lernen wir am Modell, wie mit veränderten Bedingungen umgegangen werden kann. Flexibel reagieren zu müssen und dennoch das Ziel, das „große Ganze“, nicht aus den Augen zu verlieren. Diesen Spagat trauen wir uns und den Eltern zu.

**ISA:** Reicht denn eine Veranstaltung? Es ist ja nur ein Samstag von 10.30 bis 17.00 Uhr.

**BS:** Wir fangen erst mal an und gucken dann gemeinsam, wie es weitergeht oder noch weiter gehen soll. Wir sind gespannt.



LEiS NRW



Birgit Scheltmann  
Bianka Ledermann

**BL:** Während der Veranstaltung klären wir die weiteren Bedarfe und sind bereit, dieses Seminar zu wiederholen, oder eine Fortsetzung an zu bieten.

**ISA:** **Wie ist die Zusammenarbeit zwischen FESCH und LEIS zustande gekommen?**

**BS:** FESCH habe ich bei den Vorbereitungen für die erste Mitgliederversammlung der LEIS NRW kennengelernt. Uns gab es erst kurze Zeit, deshalb befragten wir erst einmal unsere Mitglieder nach ihren Sorgen und Wünschen. Die Umfrage ergab, dass sich Eltern u.a. einen Workshop zum Thema „Respekt“ wünschten. So kam ich mit FESCH ins Gespräch. Wir tauschten Ideen aus und schnell war die Richtung klar. Der Workshop mit FESCH hat mich und die anderen Eltern stark berührt und viel Spaß gemacht. Wir wurden ernst genommen und konnten unsere Gedanken einfließen lassen. So bin ich auf die Idee gekommen, FESCH auch für andere Eltern zugänglich zu machen. Der Vorstand der LEIS war schnell überzeugt.

**BL:** Außerdem waren wir- und sind es noch – uns spontan sympathisch und ergänzen uns prima. Sowohl was unser Wissen,

aber auch die Methoden angeht.

**BS:** Bianka hat auch in meiner Schule – in der Gesamtschule Aspe in Bad Salzuflen – einen Austausch mit Schüler\*innen, Eltern, Lehrer\*innen, und Leitung begleitet, kurz mit allen Beteiligten einer Schule. Das war wirklich eine gelungene Veranstaltung, hat manche Eltern überrascht, aber allen Spaß gemacht und ermuntert. Darum geht's. Diesen „Spirit“ wollen wir auch ins Seminar bringen.

**BL:** Ja, das war eine tolle Veranstaltung, wo alle sich offen und gleichberechtigt eingebracht haben und Eltern so liebevoll von ihren Kindern und den Aktivitäten der Schule erzählt haben. Das hat uns alle berührt. Und diese Ideen, Ressourcen zu suchen, zu stärken und sich ein zu bringen, sich trauen zu sagen, was einem selber wichtig ist, Werte zu thematisieren. Dieses wollen wir auch in unser Seminar „Gewält – was nun?“ einbringen.

**ISA:** *Vielen Dank für das Gespräch und gutes Gelingen!*

► <http://www.weiterbildung-fuer-schulen.de/bildungsprogramm/seminar/2018-2-60.html>



Info

## Gewält – was nun?

Elternpflegschaft für  
Einsteiger\*innen  
24. November 2018  
Geschwister-Scholl-  
GE, Dortmund

### ► Anmeldungen an:

Forum Eltern & Schule  
Huckarder Str. 12  
44147 Dortmund

Tel.: 0231-14 80 12

[ab-fesch@w-f-sch.de](mailto:ab-fesch@w-f-sch.de)

[www.weiterbildung-fuer-schulen.de](http://www.weiterbildung-fuer-schulen.de)

# Elternbroschüren - jetzt bestellen

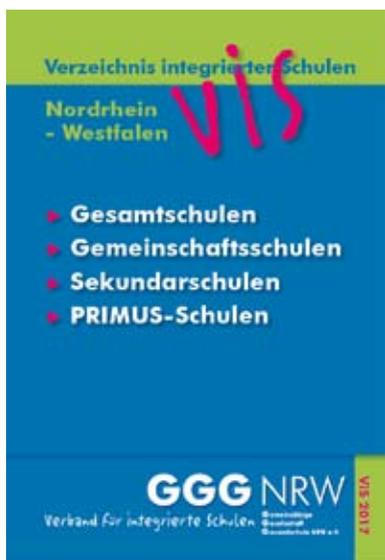


## ▶ MITGLIEDERVORTEIL

Normalpreis: 0,65 € pro Heft

Preise für korporative  
Mitglieder und Initiativen:  
bis 99 Stück: 0,50 € pro Heft  
ab 100 Stück: 0,45 € pro Heft

**Bestellung:**  
[bestellung@ggg-nrw.de](mailto:bestellung@ggg-nrw.de)



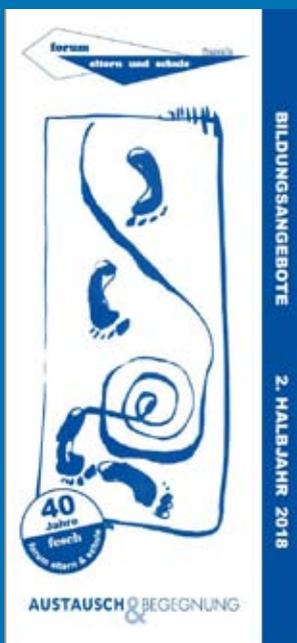
## Das Verzeichnis integrierter Schulen in NRW 2018 ist online!

▶ Schulen und Interessierte erhalten den Link und damit die Zugangsberechtigung zur Online-Version über:

[bestellung@ggg-nrw.de](mailto:bestellung@ggg-nrw.de)

- ▶ Kostenfrei für Mitglieder!
- ▶ Kosten für Nichtmitglieder: 10 Euro

Der Zugang ist ein Jahr gültig und umfasst alle Aktualisierungen.



## Weiterbildungsprogramm 2018

Werden Sie Einzelmitglied der GGG und sparen Sie 10% der Kursgebühr bei allen Seminaren von:



► **Informationen und Anmeldung unter:**  
[www.weiterbildung-fuer-schulen.de](http://www.weiterbildung-fuer-schulen.de)

► **Kontakt:**  
[ab-fesch@w-f-sch.de](mailto:ab-fesch@w-f-sch.de)  
[austauschundbegegnung@w-f-sch.de](mailto:austauschundbegegnung@w-f-sch.de)

## GGG Mitgliedschaft

für Einzelpersonen, Schulen und Institutionen.  
Ermäßigte Beiträge sind möglich.

**Beitrittsformular:** ► [www.ggg-nrw.de](http://www.ggg-nrw.de)  
**Menüleiste:** ► Die GGG NRW ► Mitglied werden



[www.ggg-nrw.de](http://www.ggg-nrw.de)